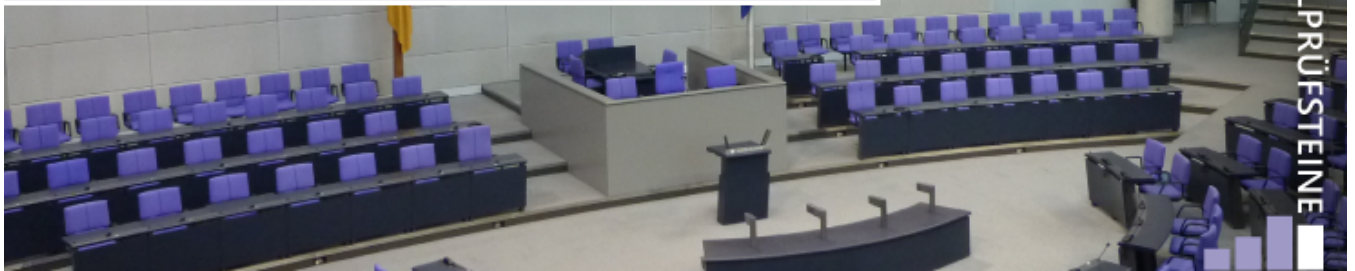


WIR FRAGEN: WAS SIND DIE POSITIONEN IHRER PARTEI ZUM DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ?



MEHRFACHDISKRIMINIERUNG VON MIGRANTINNEN* AUF DEM ARBEITSMARKT

Migrantinnen* erfahren auf dem Arbeitsmarkt Mehrfachdiskriminierungen: Sie werden nicht nur durch den Gender Pay Gap sondern auch anhand ihrer Herkunft benachteiligt. Bei geflüchteten Frauen* wird die Situation häufig noch durch die unklare Bleibeperspektiven verschlimmert. Wie haben Sie vor, diese Mehrfachdiskriminierungen am Arbeitsplatz und vor allem bei der Arbeitssuche zu bekämpfen? II) Welche Maßnahmen planen Sie gegen das daraus resultierende höhere Risiko von Altersarmut?

Antworten der Parteien



CDU und CSU setzen sich gemäß Artikel 3 Grundgesetz gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaube, religiösen oder politischen Anschauung ein. Aus diesem Grund ist unsere nachhaltige Rentenpolitik grundsätzlich auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet. Unser Ziel bleibt es weiterhin, Altersarmut zu vermeiden. Seit einem Vierteljahrhundert hat es für die Rentnerinnen und Rentner keine vergleichbar positive Entwicklung gegeben. Diese Entwicklung wollen wir durch ein klares Konzept fortführen und verstetigen. Für CDU und CSU steht eine zukunfts-feste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge (z. B. Riester-Renten) ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige und gute Altersversorgung.

Wir wollen unser Altersvorsorgesystem mit seinen drei Säulen unter Einbeziehung der Grundsicherung im Alter zukunfts-fest aufstellen. Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll. Insbesondere bei Geflüchteten haben Bund, Länder und Kommunen in den letzten Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen, diese auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen und so zur Integration beizutragen.



Für geflüchtete Frauen wurde die Maßnahme „Perspektiven für weibliche Flüchtlinge (PerF-W)“ gestartet. Sie benötigen im Sinne von Empowerment Hilfe zur Selbsthilfe, Zugang zu Informationen, die Stärkung ihrer Ressourcen und eine ihren Potenzialen entsprechende Unterstützung bei der Integration. PerF-W greift alle diese Aspekte auf, um den Integrationsprozess dieser Frauen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt frühzeitig zu unterstützen. Vom neu-

en „Gesetz zur Förderung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männer“ (Auskunftsanspruch, betriebliche Verfahren, Entgeltbericht) profitieren auch Migrantinnen, da so ein Beitrag für faire und transparente Vergütungsstrukturen sowie direkte und indirekte Verbesserung der Einkommensperspektiven von Frauen wird.



Migrantinnen und geflüchtete Frauen sind mehrfach benachteiligt und benötigen eine besondere Aufmerksamkeit, Unterstützung und gezielte Förderung. Einen selektiven Zugang zu Integrations- und Arbeitsfördermaßnahmen nach „Bleibeperspektive“ lehnen wir ab. Wir setzen uns für faire und schnelle Asylverfahren, für ein großzügiges Bleiberecht und für eine gute aufenthaltsrechtliche Absicherung von Migrant*innen ein. Unsere allgemeinen sozialpolitischen Vorschläge zu den Themen Arbeit, soziale Absicherung und Rente und zur Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse nutzen Migrantinnen und geflüchteten Frauen in besonderer Weise, denn sowohl Frauen als auch Eingewanderte sind überdurchschnittlich häufig in unsicheren und schlecht abgesicherten Jobs vertreten – mit entsprechenden Folgen für die Alterssicherung.



Die Mehrfachdiskriminierung rückt zunehmend im Fokus einer modernen Antidiskriminierungspolitik und stellt sie vor neue Herausforderungen. Da Benachteiligung aus einem Grund oft mit einer Diskriminierung aus anderem Grund oder Gründen zusammenhängt, ist es unerlässlich, komplexe Sachverhalte und strukturelle Ursachen im Blick zu haben. Deshalb fordern wir, neben einer grundlegenden Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes die Mehrfachdiskriminierung bei der Entwicklung von Programmen zur Unterstützung von benachteiligten Menschen in den Vordergrund zu stellen.



Wir Freie Demokraten wollen nicht nur Diskriminierungen verhindern, sondern auch eine vielfältige Gesellschaft und Arbeitswelt fördern, in der tatsächlich jeder und jede eine reale Chance auf individuellen Aufstieg und Selbstentfaltung hat. Geschlecht, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Behinderung, Religion und Weltanschauung prägen die Persönlichkeit eines Menschen. Für Liberale ist es normal, verschieden zu sein. Liberale Politik schützt in besonderem Umfang vielfältige Lebensformen und Lebensentwürfe. Für die Bekämpfung von Altersarmut sind die erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse entscheidend. Hierfür setzen wir uns ein.



Von der AfD haben wir bis zum spätesten Abgabedatum (04.08.2017) keine Antworten auf die Wahlprüfsteine erhalten.

Dies ist ein Wahlprüfstein des Projekts "Die Wahlprüfsteine", in dem sich 18 Verbände und Initiativen aus dem Bereich der Antidiskriminierung zusammengeschlossen haben. Insgesamt wurden 93 Wahlprüfsteine zu den Themen Gleichstellung und Teilhabe den Parteien zur Beantwortung vorgelegt, die bei der Bundestagswahl 2017 gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben.



www.die-wahlpruefsteine.de



www.facebook.com/Die.Wahlpruefsteine

